Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1266

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 58 | Dresden, Donnerstag den 9. März 1922 | 33. Jahrg.

Ein neuer Hermes-Skandal?

Gegen den Ernährungsminister Dr. Hermes liegt eine Reihe von Anklagen zum Teil ehrenrühriger Natur vor, die vor mehr als Jahresfrist zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte. Die Arbeiten dieses Ausschusses sind noch nicht abgeschlossen, und schon wird in parlamentarischen Kreisen bereits von einem neuen schweren Vergehen des Ministers gesprochen. Die Freiheit erhält darüber folgende Mitteilung:

Herr Minister Dr. Hermes soll von einem rheinischen Winzer-Verband hervorragende Weine in großer Menge bezogen haben zu Preisen, die auf den ersten Blick das Kennzeichen der Bestechung tragen, nämlich zum ungefähr 15. bis 20. Teil des Handelspreises. Diese Liebenswürdigkeit soll dem Winzer-Verband auch von seiten des Herrn Reichsernährungsministers nicht unbelohnt geblieben sein, indem nämlich gerade dieser Verband im Gegensatz zu andern sich bei Hermes großer Beliebtheit erfreute, was seinen Ausdruck auch in besonders guter Behandlung fand.

Es soll bereits ein parlamentarischer Schritt in Aussicht stehen, der eine sofortige Untersuchung und Amtsenthebung verlangt.

Der Verfasser der Zuschrift glaubt zwar anscheinend nicht, daß das Gerücht auf Wahrheit beruht, verlangt aber schon im Interesse der Republik eine sofortige Erklärung des Ministers.

1. Daß er niemals Wein zu Ausnahmepreisen bezogen hat, noch dazu von einem Verband, der dienstlich irgendwie von ihm abhängig ist,

2. daß er, selbst wenn dies unbegreiflicherweise der Fall wäre, niemals auch nur den Schatten einer Gegenleistung dafür gewährt hat.

In andern Kreisen scheint man noch mehr darüber zu wissen. Und die Freiheit ergänzt die beiden Fragen der Zuschrift durch zwei weitere:

1. Ist es richtig, daß Sie für die Flasche Wein und Sekt drei deutsche Papiermark gezahlt haben,

2. und haben Sie, „der beste landwirtschaftliche und Weinbausachverständige, geschult am internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom", nicht sofort erkannt, daß es sich hier um einen Bestechungspreis handelt?

Nach unsern bisherigen Informationen treffen die Angaben der Freiheit zu. Die Versuche unsres Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes, den Reichsernährungsminister persönlich über die Angelegenheit zu sprechen, scheiterten daran, daß Hermes ihn an einen seiner Geheimräte verwies. Sonderbarerweise war der Geheimrat trotz mehrfachen Anrufen nicht zu erreichen.

Wir erwarten, daß Herr Hermes umgehend eine Erklärung zu den Beschuldigungen abgibt, und die an ihn gestellten Fragen beantwortet.

Sollten die Anklagen auf Wahrheit beruhen, so richten wir eine weitere Frage an Herrn Hermes, ob er sich noch weiter für geeignet hält, den Posten eines Ministers zu bekleiden?

Das Steuerkompromiß vor dem Abschluß

Berlin, 8. März. Die Ausschußberatungen über die Steuerfrage sind heute vormittag bis auf das noch ausstehende Mantelgesetz und die Zwangsanleiheabgeschlossen worden. Es bleibt nur noch die Fertigstellung des Ausschußberichts für das Plenum übrig. Die Ausarbeitung dieser Berichte wird wegen ihres großen Umfanges noch einige Tage in Anspruch nehmen. Die für heute nachmittag angesetzten Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern über die Frage des Steuerkompromisses sind auf morgen verschoben worden. Für Sonnabend ist eine gemeinsame Sitzung der Steuerausschüsse in Anwesenheit des Kanzlers und der andern Regierungsvertreter geplant. Die Beratung der Steuergesetze im Plenum wird laut Voss. Ztg. erst gegen Ende der nächsten Woche beginnen können. — Wie das Berliner Tageblatt schreibt, wird das Steuerkompromiß nicht von der Regierung dem Hause vorgelegt werden, sondern von einer der Parteien als Initiativantrag und die Beratung wird sich auf das Mantelgesetz und die Zwangsanleihe erstrecken.

•

Die Bedingungen der Volkspartei?

Berlin, 8. März. Laut Acht-Uhr-Abendblatt nannte der Abgeordnete Stresemann gestern in einer Rede die drei Bedingungen der Deutschen Volkspartei für ihre Teilnahme an dem Steuerkompromiß und ihre Zustimmung zur Zwangsanleihe. Diese drei Bedingungen sind: Nichtverwendung der Einkünfte aus der Zwangsanleihe zur Deckung von Fehlbeträgen im Etat, sondern nur zur Finanzierung der Sachleistungen, Sparsamkeit und Befragung des Parlaments beim Abschluß wichtiger Abkommen. Außerdem würde die definitive Ernennung Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister von der Deutschen Volkspartei begrüßt werden.

Die Blutegel Mitteleuropas

Stimmen im englischen Oberhause

In der Dienstagsitzung des Oberhauses hielt Lord Newton eine Rede, in der er sich über die hohen Kosten der Ententemissionen beschwerte. Nach Wien habe man z. B. eine Mission zur Prüfung des österreichischen Finanzwesens gesandt. Die Beamten seien ein ganzes Jahr dort geblieben. Die Kosten der Missionen hätten 7¼ Millionen Kronen betragen. Von dieser Summe habe die österreichische Regierung 2¼ Millionen Kronen bezahlt, die übrigen fünf Millionen hätten die Alliierten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. Es seien

in Deutschland gegenwärtig Kommissionen im Ueberfluß

vorhanden. Die Reparationskommission, die aus 171 Personen bestehe, koste monatlich 32 Millionen Mark. Die Kontrollkommission, die zum Zweck der Entwaffnung in Deutschland anwesend sei, bestehe aus 1600 Personen und koste nicht weniger als 28¼ Millionen monatlich. Es bleibe kaum etwas für die Kontrollkommission zu tun übrig und trotzdem habe in ihrem Personalbestand keinerlei Verminderung stattgefunden. Ihr Bestand werde immer noch aufrechterhalten, weil von Zeit zu Zeit in Deutschland versteckte Waffen entdeckt werden. Lord Newton erklärte, nach seinen Informationen würden die periodisch auftretenden Meldungen nur aufgebauscht und die Mitteilungen bezüglich einer Mittäterschaft der deutschen Regierung seien oft unbegründet. Solange England oder Frankreich die Politik von der Sensationspresse kontrollieren lasse, bestehe keine Aussicht darauf, daß die Kommissionen dieser Art vermindert würden. Das Personal dieser Kommission lebe im Vergleich zu der gewöhnlichen Bevölkerung im Luxus.

Die Gesamtkosten dieser Kommissionen in Deutschland einschließlich der Kosten der Truppen in Schlesien betrügen 1850 bis 2000 Millionen Mark jährlich.

Würde man zu dieser Summe die Ausgaben für das Besatzungsheer hinzurechnen, sei es nicht schwer, einzusehen, daß die Aufgabe, Deutschland zahlen zu lassen, schwieriger und verwickelter sei, als sich die Leute in England vorstellen.

Die Finanzlage in Ungarn sei vollkommen verzweifelt. Es seien jedoch in genau demselben Umfange Kommissionen dorthin entsandt worden. Die maritime Stärke Ungarns beläuft sich auf vier mehr oder weniger veraltete Patrouillenboote auf der Donau und trotzdem sei geplant, eine Marinekommission nach Ungarn zu entsenden, die aus vier Admiralen (!) bestehe, um Ungarn zu entwaffnen. Die militärische Abteilung der Kommission bestehe aus 150 bis 900 Personen und koste mehr als das gesamte ungarische Heer von 35 000 Mann. Während der ersten sechs Monate habe diese Militärkontrollkommission 250 Millionen Kronen gekostet. Die monatlichen Kosten dieser Kommission würden jetzt auf etwa 30 Millionen Kronen geschätzt.

Ein englischer gewöhnlicher Soldat, der zu dieser Kommission gehört, empfange in einem Monat an Gehalt und Zuschüssen ebensoviel wie der ungarische Premierminister in einem Jahr.

Die ganze Kommission koste zehn Milliarden Kronen. Die Reparationskommission in Ungarn mit einem Sekretär und zwei oder mehr Gehilfen habe im Laufe eines Monats in Ungarn für Bureau und Möblierungszwecke sehr große Summen ausgegeben. Ihre augenblicklichen Ausgaben werden auf nicht weniger als 100 Millionen Kronen monatlich geschätzt.

Bulgarien, das ebenso wie Ungarn mit einem riesigen Defizit abgeschlossen hat, sei auch ein Teil der Kommissionen zugewiesen worden. Die Militärkommission bestehe aus Vertretern aller Großmächte und es gäbe absolut nichts zu tun.

Der Maschinenschreiber, der zu dieser Kommission gehört, empfängt 2½ mal soviel wie ein bulgarischer Kabinettsminister.

Die Reparationskommission, die 1921 in Bulgarien eingetroffen sei und aus etwa 40 Personen bestehe, ausschließlich der Angestellten, nähme die besten Wohnungen für sich in Anspruch. Zu Möblierungszwecken wurde ein größerer Betrag verwendet. Bulgarien habe für diese Kommission im Zusammenhang mit den Kosten für die interalliierten Truppen nicht weniger als 721 Millionen Frank ausgegeben. Der Anblick dieser

Kommissionen, die aus dem Bankrott des Volkes gedeihen,

sei eins der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen könne. Es werde gesagt, daß England mitmachen müsse, da die Alliierten dies auch täten. In diesen besonderen Fällen würde er sich freuen, wenn England mit den Alliierten nicht zusammenginge.

Lord Phillimore gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Rede Lord Newtons über die Stimmung im Oberhause die Regierung dazu bewegen werde, diese Fragen zu erwägen.

Es würde ein großer Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn die Geschäfte dieser Kommissionen liquidiert und wenn sie sobald wie möglich zurückgezogen würden.

•

Poincaré für Erweiterung der interalliierten Kontrollmaßnahmen

Paris, 9. März. Dem Echo de Paris zufolge sprach sich Poincaré in einer Unterredung mit Marschall Foch und General Weygand für die Erweiterung der interalliierten Kontrollmaßnahmen in Deutschland aus. Auf der Konferenz von Genua wird der französische Vertreter namens seiner Regierung diese Forderungen nachdrücklichst zur Geltung bringen.

Die gleitende Lohnskala

Das schnelle Steigen der Preise hat in der letzten Zeit wiederum lebhafte Erörterungen über das auch schon früher vielbesprochene Problem der gleitenden Skala hervorgerufen. Die Löhne und Gehälter hinken heut stets hinter den Preissteigerungen her, obgleich die Gewerkschaften und Angestelltenverbände die größten Anstrengungen machen, um das Einkommen ihrer Mitglieder mit der steigenden Teuerung in Einklang zu bringen. Nach Einführung der gleitenden Skala würde mit Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht gewartet werden, bis durch Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden die Tarifverträge geändert sind, sondern, wenn eine Verteuerung oder Verbilligung der Lebenshaltung statistisch festgestellt wäre, würde automatisch ein Zuschlag oder Abschlag bei den Löhnen eintreten. Statistische Feststellungen über die Höhe der Lebenshaltungskosten werden schon seit längerer Zeit von verschiedenen Statistikern, so von Calwer und Silbergleit, Kuczynski und andern gemacht. Auch das Reich veröffentlicht sogenannte Teuerungszahlen, die zwar heut noch kein vollständiges Bild des Standes der Kosten der Lebenshaltung geben, sich wohl aber leicht vervollkommnen ließen.

Gegen die Methoden der einzelnen Stellen mag dies oder jenes einzuwenden sein, aber es könne nicht darauf an, daß die Statistik, die bei der Feststellung der Lohnab- und -zuschläge benutzt würde, ein ganz genaues Bild des Standes der Lebenshaltungskosten gäbe, es genügte, wenn die Zahlen einigermaßen zuverlässig zeigten, in welchem Maße sich die Lebenshaltung verteuert oder verbilligt hätte. Es könnte dann etwa auf Grund der Ergebnisse des vergangenen Monats in jedem Monat von neuem festgestellt werden, um wie viel Prozent die Löhne und Gehälter zu erhöhen oder zu vermindern sind.

Wenn die Teuerung mit so rasender Schnelligkeit fortschreitet, wie in den letzten Wochen, würde es sich auch bei Anwendung der gleitenden Skala nicht ganz vermeiden lassen, daß die Löhne und Gehälter bei dem Wettlauf mit den Preisen nicht mitkommen. Aber es wäre immerhin eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande erreicht, wenn nicht mehr immer erst das Resultat langwieriger Verhandlungen abgewartet werden müßte.

Aber darüber muß man sich klar sein, daß die Einführung der gleitenden Skala auch ihre Rückwirkungen auf die Warenpreise haben würde. Bei einem Teil der Waren, besonders beim Getreide sind freilich heute die inländischen Produktionskosten für die Preise nicht mehr maßgebend, sondern der Weltmarktpreis und damit der Stand unsrer Valuta. Steigen die Devisen und müssen wir deshalb für das ausländische Getreide mehr bezahlen, so folgen auch die Preise des inländischen Getreides, der Futtermittel usw. Bei andern Waren, so zum Beispiel bei der Kohle, beim Eisen und wohl bei den meisten Fertigfabrikaten, sind freilich in erster Reihe auch heute noch die inländischen Produktionskosten und damit auch die Löhne und Gehälter für die Preisgestaltung bestimmend. Erhöhten sich infolge der Anwendung der gleitenden Skala die Löhne, so stiegen recht schnell auch die Preise vieler Waren. Die Preiserhöhungen aber, die als Folge der Lohnerhöhungen eintreten müßten, führten wieder zu einer neuen Verteuerung der Lebenshaltung. Es würden dann neue Zuschläge zu den Gehältern und Löhnen notwendig werden und daraus würde sich wieder eine Erhöhung der Preise und der Kosten der Lebenshaltung ergeben.

Die Anwendung der gleitenden Skala müßte dazu führen, daß sich die Aufwärtsbewegung der Preise noch schneller vollzieht als bisher. Dabei bestände die Gefahr, daß wir recht bald mit den Preisen vieler Waren über die Weltmarktpreise kämen und der Absatz unsrer Erzeugnisse im Ausland unmöglich würde. Solange unsre Mark noch so starken Schwankungen ausgesetzt ist, wie jetzt, ist es im Interesse der Arbeiterschaft wünschenswert, daß ein Unterschied zwischen dem inländischen und dem Weltmarktpreisniveau erhalten bleibt, denn sonst muß jedes Steigen der Mark sofort dazu führen, daß unser Auslandsabsatz ins Stocken kommt und die Arbeitslosigkeit gewaltig wächst. Die Einführung der gleitenden Skala sicherte den Arbeitern und Angestellten auch nicht Löhne und Gehälter, die zum Unterhalt einer Familie ausreichten. Die heutigen Bezüge genügen bei den meisten Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zum Unterhalt einer Familie. Der Fehlbetrag wird in sehr vielen Fällen ausgeglichen durch die Beiträge der erwachsenen Söhne oder Töchter zum Haushalt, durch die Arbeit der Frau oder den Nebenerwerb des Mannes. Wo derartige Zuschüsse fehlen, herrscht heute in den Familien das tiefste Elend. Ginge man bei der Einführung der gleitenden Skala von den zur Zeit geltenden Löhnen aus, so änderten auch die bei steigender Teuerung sich ergebenden Zuschläge nichts daran, daß die Einnahmen zum Unterhalt einer Familie zu gering blieben. Aber der Versuch, die unzureichenden Löhne von vornherein so zu erhöhen, daß die Unterhaltskosten einer Familie bestritten werden können, könnte bei Benützung der gleitenden Lohnskala erst recht die Gefahr mit sich bringen, daß unser inländisches Preisniveau die Weltmarktpreise übersteigt.

Es müßte also bei der Einführung der gleitenden Skala sehr vorsichtig vorgegangen werden. Wenn zum Beispiel heute von Reichs wegen durch Gesetz die gleitende Skala eingeführt würde, so wäre das ein gefährliches Experiment, welches leicht zu schweren, wirtschaftlichen Krisen und großer Arbeitslosigkeit führen könnte. Eingegangen ist es wünschenswert, daß die Gewerkschaften versuchen, bei dem Abschluß von Tarifverträgen Vereinbarungen über die Anpassung der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220309/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG